

Leitkultur, Weiterwurschteln als Zukunftsvision?



... sein Amtsvorgänger und der Bundespräsident vertrauen auf die Güte unserer Textilwirtschaft. Fotos: APA

deren auch haben, und noch ein paar Nischen, wie die Glock-Pistolen, die österreichische Tunnelbautechnik und das weite Feld der Künste und Geisteswissenschaften, die den Innovationstechnokraten ebenso wenig Profit versprechen wie die (Kultur-)Landschaft, die via Fremdenverkehr weit mehr zum heimischen BIP beiträgt.

Asyldebatte:

Hysteriker
gegen
Rechthaber



Wer die soziale Realität durch die Brille der heimischen Massenpresse wahrnimmt, muss ob der veröffentlichten (Leserbrief-)Erregung zum Schluss kommen, Massen von Fremden hätten sich hier breitgemacht. Die Ministranten der Nächstenliebe verstärken diesen Eindruck. Wer ständig die Öffnung der Herzen, Brieftaschen und Grenzen einmahnt, arbeitet den Verteidigern des Ur-Österreichischen und Abwehrkämpfern gegen die Überfremdung unabsichtlich zu. Um ein Stichwort aus der jüngsten Erregung um das Fremdengesetz aufzunehmen: Der „gefühlten Realität“ anderer damit zu begegnen, diese Gefühle als eingebilddete beiseiteschieben zu wollen, ignoriert, dass die Deutung der Welt (nicht nur von Fremdenpolizisten) Wirklichkeit schafft und reale Folgen hat.

Für IT-Experten aus Indien waren wir nicht attraktiv und werden es angesichts des alltäglichen Umgangs der Österreicher mit Ausländern auch nicht werden. Deswegen werden wir realistischerweise auch in Zukunft frühere Asylwerber und illegal nach Österreich Eingewanderte einbürgern (müssen). Weil wir uns im Gegensatz zu Ländern mit Einwanderungspolitik die Neo-Österreicher nicht aussuchen, müssen wir mit jenen das Auslangen finden, die da sind.

Um Realismus Platz greifen zu lassen, bedürfte es eines öffentlichen Konsenses, der ohne Popanz auskommt: Ja, wir sind ein für andere attraktives Land. Ja, wir brauchen Arbeitskräfte, Steuer- und Abgabenzahler. Ja, wir wollen nicht alle nehmen, aber unter denen, die schon da sind, sollen wir eine Auswahl treffen können und jene, die unseren Kriterien nicht genügen oder deren Asylantrag in letzter Instanz abgelehnt wurde, schieben wir ab und machen das in einer Weise, die einer entwickelten Demokratie würdig ist. Zustimmung zu all diesen Prinzipien kommt einer Minderheitenfeststellung in Sachen Einwanderungspolitik gleich.

Natürlich kann man sich auch eine klügere und noch viel leichter eine menschlichere Vorgangsweise ausmalen. Jungen Afrikanern, die, allein schon weil sie es bis nach Mitteleuropa geschafft haben, unter Beweis stellten, dass sie über reichliche Alltagsständigkeit verfügen, eine Berufsausbildung anzubieten, statt sie in den illegalen (Drogen-) Markt zu drängen, ihnen dann mit Rückkehrprogrammen unter die Arme zu greifen und sie so zu möglichen künftigen Partnern in einem Afrika zu machen, das irgendwann einmal als Markt interessant werden wird, würde die sprichwörtlichen zwei Fliegen treffen. Statt eines Abschiebezentrums ein Ausbildungszentrum zu errichten, wäre auch eine fruchtbare Neuerung der Entwicklungshilfepolitik. Nur: In einer unübersichtlichen Welt gibt es keine einfachen Lösungen. Statt bester Wege kann es nur zweitbeste geben, was bedeutet, dass Kompromisse geschlossen werden müssen. Doch dazu müssten die Verteidiger versteinierter Positionen anerkennen, dass auch die jeweils anderen ein wenig recht haben.

Akademischer Tunnelblick in der Bildungspolitik



Österreich ist das einzige Land, das seinen Studenten weder Aufnahmeprüfungen noch Studiengebühren abverlangt. Diese Großzügigkeit kommt allerdings nur einem sehr geringen Anteil der Gleichaltrigen zugute. Der größere Teil der jungen Österreicher wird ausbildungsmäßig in Berufe hineinkomplimentiert, die die überwiegende Mehrzahl nach Ende der Ausbildung nicht weiter ausüben können wird.

Das bessere Viertel der Bevölkerung, die mit Matura, verfügt über das, was der französische Soziologe Pierre Bourdieu treffend kulturelles Kapital genannt hat. Sie haben Zugang zu den Medien und deswegen wird in aller Ausführlichkeit über die Härten der Aufnahmeprüfungen zum Medizinstudium berichtet, doch kaum einmal wird das Schicksal jener, die keinen Lehrplatz finden, mit vergleichbarer Empathie geschildert.

In die Welt der Lehrberufe ist die Botschaft der Wissensgesellschaft noch nicht vorgebracht. Die Berufsausbildung folgt immer noch der längst obsoleten Vorstellung, als junger Mensch erlerne man einen Beruf, den man dann den Rest seines Lebens ausübe. Die beliebtesten Lehrberufe sind absehbare Sackgassen, weil die Berufe die große Zahl von Arbeitskräften nicht aufnehmen können (deren schönfärbische Berufsbezeichnungen ja kaum zu verbergen vermögen, welche Jobs jemandem tatsächlich zugemutet werden, der oder die sich „Klimatechniker“ oder „Gastgewerbeassistentin“ nennen darf).

In einem Punkt herrscht aller-

dings eine bemerkenswerte Parallellität zwischen Gebildeten und Ausgebildeten. Jene, die als Studierende scheitern – bei der Studienabbrecherquote sind wir Weltspitze –, und die, die nach dem Ende der Lehre keine Stelle in ihrem erlernten Beruf finden, sind aufgefordert, die Gründe dafür ausschließlich bei sich selbst zu suchen. Selbstattribuierung nennt das die Sozialpsychologie, und Soziologen verweisen darauf, dass das auf verquere Weise zur Stabilität von sozialen Ungleichheitsstrukturen beiträgt. Wer meint, an sich selber gescheitert zu sein, kommt gar nicht auf den Gedanken, das soziale Arrangement, das diese Ergebnisse notwendigerweise hervorbringt, als Ursache in Erwägung zu ziehen.

Ein Land, dessen Repräsentanten nicht erröteten, als sie die Lisabon-Strategie mitunterzeichneten, in der davon die Rede war, dass Europa bis 2010 der „wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt“ werden solle, „der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren Zusammenhalt zu erzielen“ – ein solches Land leistet sich eine Bildungspolitik, die über Wochen hinweg Schlagzeilen mit Belanglosigkeiten wie Lehrerarbeitszeit und Nachmittagsbetreuung macht. Der österreichischen (Aus-)Bildungspolitik wurden die hochtrabenden europäischen Absichten bislang nicht einmal in homöopathischen Dosen verabreicht.

Verfall der öffentlichen Kritik: Reflexe statt Reflexionen



Wer ist für das in den vorigen Beiträgen geschilderte Schlamassel verantwortlich? Kommentatoren neigen dazu, den Reformstau den Politikern anzulasten. Daran ist manches wahr, aber es ist nur die halbe Wahrheit. Ein erheblicher Teil der Verantwortung für die skizzierte Misere kommt einer Gruppe von Zeitgenossen zu, die man gemeinhin intellektuelle nennt und deren Verhalten mir in mehrfacher Hinsicht geeignet erscheint, das eingangs benannte Gefühl der Resignation eher zu verstärken als aufzubrechen. Warum ist das so?

Da sind einmal jene, die man Pawlow'sche Kritiker nennen kann. Eine Handvoll Intellektueller ist stets zur Stelle, wenn ihr Auslösereiz klingelt: Wenn es gegen Faschisten geht, zürnt die heimische Literaturnobelpreisträgerin, wenn es gegen die Verharmlosung eines Arbeitermörders und dessen angebliche Wiedergänger in den politischen Wandelhallen der Gegenwart geht, wirft sich ein promovierter Romancier ins Zeug, wenn die heimischen Schulen wieder einmal im Argen liegen, mahnt der pensionierte Pädagogikprofessor; Leser dieser Seite kennen weitere Beispiele. Dabei will ich gar nicht sagen, dass diese Interventionen unberechtigt wären – im Gegenteil: in zwei von drei Fällen

(mindestens) ist der Protest wohlbegründet und punktgenau formuliert. Doch bevor man den Kommentar zu lesen beginnt, weiß man schon, was kommen wird und welche Lehre daraus zu ziehen ist: Denk doch endlich so wie ich!

Eine weit größere Gruppe verzichtet überhaupt darauf, Kritik zu üben, weil sie als eingebettete intellektuelle Rücksicht auf ihre Gastgeber nehmen und die Einladung zu künftigen Bettungen nicht aufs Spiel setzen wollen. Über diese Spezies etwas anderes als tief empfundene Verachtung zu artikulieren, fällt mir schwer, zumal dem Dauerschlaf dieser Bettgänger der Macht kaum etwas entgegenzusetzen ist: Wohl situierten Duckmäusern und Langweilern „Wacht auf!“ zuzurufen, fällt in Don Quichottes Ressort.

Ähnlich prekär wie die Beziehung zu den Mächtigen ist das Verhältnis zum Volk. Karikaturisten der Vergangenheit geißelten die Bösartigkeit der Mächtigen, bannten die Verschwendungssucht der Reichen aufs Papier und entblöhten die Trotteligkeit der Herrschenden. Wir Bildungsschnösel ergötzen uns an den Zeichnungen von Manfred Deix, deren Verachtung der „gewöhnlichen“ Leute kaum zu überbieten ist. Der amerikanische Sozialwissenschaftler Michael Walzer hat darauf aufmerksam gemacht, dass Gesellschaftskritik nur wirksam werden kann, wenn die kritisierte Gesellschaft als eigene begriffen und empfunden wird...

Die Verachtung der Massen hat in Österreich eine lange Tradition, und mehr als einmal lieferte die Geschichte den Verächtern auch Anlass, sich in ihrer Abscheu bestätigt zu sehen. Aber: Eine demokratische Gesellschaft ohne Mitsprache der Majorität kann sich nur der imaginieren, der sich als Nachfahre Josephs II. sieht.

Dieser Neo-Josephinismus ist weitgehend immun gegen Anregungen und Kritik (der eigenen Position), stellt keine Fragen mehr, sondern sucht die Wirklichkeit nur mehr nach Belegen für die immergleichen Antworten ab. Und wer immer schon weiß, was richtig wäre, der braucht ja tatsächlich mit niemandem mehr zu diskutieren.

Eine ähnliche Haltung manifestiert sich auch in der stetig um sich greifenden Protestkultur des „Zeichensetzens“. Wann immer etwas Verwerfliches geschieht, findet sich alsbald jemand, der ein Zeichen setzen will, um das Böse zu bannen. Nach einem durchzeichneten Abend zieht man mit dem wohligen Gefühl von dannen, es „denen da“ wieder einmal gezeigt zu haben. – Nichts ist weniger politisch als solche Gefühlsaufwallungen. Politisch wäre es, mit Personen anderer Überzeugung zu diskutieren, sie mit Argumenten zu traktieren und sich mit ihnen zusammenzuraufen.

Das Fehlen produktiver öffentlicher Debatten über das Gemeinwohl kann man jedenfalls keinem der üblichen Verdächtigen in die Schuhe schieben. Daran sind weder der Neoliberalismus noch Kärnten schuld. Es ist unsere eigene Zögerlichkeit, Faulheit und die kaum überbrückbare Distanz gegenüber „gewöhnlichen“ Leuten und deren schwer erträglichen Weltansichten. Doch eher kann man Massen dazu befähigen, die Welt ein wenig anders zu sehen, als dass ein Wunderwuzzi unser aller Problem für uns lösen wird.

Meine Befürchtung: Österreich wird weiterwurschteln, und Österreichs intellektuelle werden weiter schweigen oder wiederkäuen. Die drängenden Probleme werden weiter liegenbleiben. Nichts würde mich mehr freuen, als mit dieser Prognose nicht recht zu behalten.

*Christian Fleck lehrt Soziologie an der Universität Graz und war in den vergangenen vier Jahren Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie.

„Heimat ist eine missbrauchte Kategorie, man möchte sich über diesen Tellerrand erst gar nicht lehnen, und doch muss jeder irgendwie die Heimsuppe ausöffeln, die uns meist aus politischen Gründen eingebracht wird. Sicher, manche werden dazu gezwungen, andere fühlen sich darin wohl, das hängt ganz von den Umständen ab. Es heißt, wir alle kommen irgendwoher und landen meistens irgendwoanders. Als persönliche Kategorie besteht sie aus mehreren Elementen. Also es gibt sie nur doppelt, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Zunächst einmal in der Ablehnung und der Anziehung, und dann durch das „hier und dort“. Denn wir leben in Zeiten, in denen sich nicht wenige die Frage stellen, ob nach einer zweiten Heimat noch eine dritte kommen kann? Zeiten, in denen viele gezwungen sind, ihre Pässe zu zerstören, damit sie nicht oder nicht so schnell ausgewiesen werden können. Diesbezüglich hörte ich in den letzten Tagen die Meldung: Heimat soll bald per genetischen Abdruck nachgewiesen werden können, ich muss also Salzburgknochen oder eine Salzburghaut haben, eine Vorstellung, die mich nicht wirklich begeistern kann.“

KATHRIN RÖGGLA



Cartoon: Rudi Klein (www.kleinteile.at)